

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Strolache Riesa Nr. 22.

Nr. 147.

Donnerstag, 26. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Weien. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Zeile, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zur Stabilisierungskrise.

(Unproduktive Kräfte in der Volkswirtschaft.)

Schon vor dem Kriege wurden viele Klagen laut, wonach der Handel „überflutet“ sei, die Zahl der Personen, die bei der Warenverteilung tätig ist, viel zu groß sei. Die Klagen aber mit ihrem Mangel an Waren und mit ihren irregulären Handelsbeziehungen und die nachfolgenden Folgen der Inflation haben dazu geführt, daß sich die Zahl der handelstreibenden Personen in einer Weise vermehrt hat, die außer allem Verhältnis zu der wirtschaftlich notwendigen Zahl steht. Wer nur einigermaßen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse, in die Umwälzungen bestimmter Erwerbszweige und einzelner Geschäfte hat, der muß zugeben, daß die in der Warenverteilung tätigen Personen, ohne daß irgendwelche sachlichen Nachteile entstehen, ganz ruhig um die Hälfte, ja vielleicht noch mehr vermindert werden könnten. Das trifft zu auf alle Geschäftszweige, auf den Groß- und Kleinhandel auf das Agentur- und Kommissionsgewerbe usw. Nicht oft kann man jetzt, wenn man am Mittag ein Ladengeschäft betritt, hören, daß im Laufe des Vormittags mehr Reisende als Kunden dazwischen seien.

Jeder Geschäftsmann will naturgemäß seinen Lebensunterhalt verdienen, und so kommt es, daß aus dem so wesentlich verfeinerten Lufst ein prozentual um 50 höherer Gehalt herausgeschlagen werden muß. Dazu kommt, daß so manche seit einem Jahrzehnt infolge Mühseligkeit und hoher Verdienste zu einer luxuriösen Lebenshaltung übergegangen sind, die nun fortgesetzt werden soll. Vorgeschichte sind in den letzten Jahren viele Wälder auf der Erde geschossen. Hier ist schon wieder eine Verminderung zu erwarten, aber die Zahl ist noch immer weit über den Bedarf groß. Vielfach sind in den letzten Jahren Erwerbsgeschäfte der verschiedensten Art entstanden, die nur als Produkt der Inflation zu angesehen werden können. Seit die Zeit der Inflation vorüber ist, stehen die meisten dieser Geschäfte vor der Pleite. Jetzt stehen sie sich noch mühsam über Wasser zu halten, aber der Pleitegeier wird die meisten doch in seine Fänge nehmen. Auch in der Industrie sind im Laufe der letzten Jahre oft genug Unternehmungen gegründet worden, die auf keiner soliden Basis stehen, die weder nach ihren technischen Einrichtungen, noch nach ihren finanziellen Grundlagen oder nach der sachlichen Qualifikation des Besitzers als wirtschaftlich notwendig angesehen werden können.

So lange diese Verhältnisse in Deutschland weiter bestehen, ist gar nicht daran zu denken, daß wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung, der Dauer hat und natürlichen Verhältnissen entspricht, eintreten kann. Wir haben in Deutschland die Zahl der Reichs-, Staats- und Kommunalbediensteten stark herabgesetzt. Volkswirtschaftlich von viel größerer Wichtigkeit ist eine Herabsetzung der Zahl der Handelstreibenden im weitesten Sinne des Wortes. Wenn also jetzt die Zahl der Bankrotte wesentlich steigt, so braucht man darin kein Zeichen einer wirtschaftlichen Katastrophe zu sehen, im Gegenteil ist darin ein Prozeß zu erblicken, der in der Natur der Dinge liegt, der früher oder später einmal kommen mußte und der — immer volkswirtschaftlich und nicht vom individuellen Standpunkt der Leidtragenden aus betrachtet — zur Reinigung der wirtschaftlichen Atmosphäre beitragen wird.

Französisch-belgische Meinungsverschiedenheiten.

Paris. Brüsseler Meldungen lassen erkennen, daß trotz der optimistischen Communiqués die Brüsseler Aussprache keinen so überaus herrlichen Verlauf genommen hat. Zwischen der belgischen Regierung und der belgischen Regierung bestehen Meinungsverschiedenheiten sowohl die Beratung des Bälterbundes zur Regelung des Sicherheitsproblems in Frage kommt. Der Brüsseler Korrespondent des Echo de Paris meldet, daß drei belgische Minister gestern früh im Verlaufe eines Kabinettsrats sich gegen eine allzu starke Opposition ausgesprochen haben. Wenn das Ruhrgebiet vorzeitig geräumt werde, so ergebe sich die Frage, wie man Deutschland zur Ausführung seiner Verpflichtungen zwingen können. Der Korrespondent des Blattes behauptet, Perrot sei es nicht gelungen, von MacDonald die Zustimmung zu erhalten, daß die Kontrolle der strategischen Eisenbahnen an der Ruhr und in den Rheinlanden in den Händen der Verbündeten verbleiben.

Zusammenkunft der Ministerpräsidenten.

Belgrad. Für heute Donnerstag sind die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin geladen, um Mitteilungen der Reichsregierung über den Stand der Verhandlungen bezüglich des Sachverständigen-Gutachtens entgegenzunehmen.

Die Entwaflungsnote.

Berlin, 26. Juni. Die wir aus Regierungskreisen hören, wird das Londoner Schreiben an die deutsche Regierung nicht als eine Entwaflungsnote, sondern lediglich als Mitteilung informativem Charakter angesehen. Die Regierung wird infolgedessen auch davon absehen, das Schreiben zu beantworten, sondern sie wird vielmehr nur durch die Botschafter in London und Paris für das Schreiben danken lassen. Die Beantwortung der Militärkontrollnote der Vorkonferenz soll, wie soeben verlautet, erst am 30. Juni erfolgen. In dieser Antwort wird die Reichsregierung zugleich auch auf das Schreiben des englischen und französischen Ministerpräsidenten eingehen.

Die Regierung gegen militärische Veranstaltungen.

Berlin, 26. Juni. Wie verlautet, plant die Reichsregierung eine Verordnung, die sich gegen die Veranstaltung öffentlicher Feiernlichkeiten oder Kundgebungen von militärischem Charakter richtet. Nationale Veranstaltungen sollen in keiner Weise behindert werden. Die beabsichtigte Verordnung würde sich lediglich dagegen richten, daß militärische Uniformen und Abzeichen von unbefugter Seite zur Schau getragen werden. Der Zweck der in Aussicht genommenen Maßnahmen besteht darin, unliebsame Erscheinungen, wie Zusammenkünfte mit Andersdenkenden, zu verhindern.

Die bayerische Regierungsbildung.

Berlin, 26. Juni. Fast vier Wochen ist man in Bayern ohne Regierung gewesen, da die Wahl keine günstige Kräfteverteilung gebracht hatte. Die Wahl des Abgeordneten Feld, des Parteivorstandes der Bayerischen Volkspartei, vom Bayerischen Ministerpräsidenten war die letzte Rettung aus der Krise. Die Wahl wird sehr verschieden beurteilt, weshalb die Deutschnationalen in Bayern sich für die Wahl selbst ausgesprochen haben. Ist man im Reiche der Überzeugung, daß es sich nicht gelingen wird, sich eine breite Basis zu schaffen. Es steht jedenfalls fest, daß der neue Ministerpräsident wenigstens versuchen wird, möglichst viele Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen. Von größter Wichtigkeit aber ist, daß durch diese Veruna der bayerischen Seite die Möglichkeit geschaffen ist, mit Bayern zusammen Reichspolitik zu betreiben. Gewisse Sonderbestrebungen werden in Bayern nicht zu vermeiden sein und sie werden auch vom Reiche solange genötigt werden, wie sie die Reichseinheit nicht fördern. Wahrscheinlich wird nach Bildung der neuen Regierung, die bis Ende des Monats bestimmt erwartet wird, eine Aussprache zwischen dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten und der Reichsregierung stattfinden, bei der man die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in der Politik erwägen wird.

Die Reichsbank dementiert die Gerüchte einer angeblichen Geldknappheit.

Berlin. Die Reichsbank tritt in letzter Zeit ungehäufigen Gerüchten von einer angeblichen Geldknappheit in einer Erklärung entgegen, in der es heißt, daß ein Beweis für die Unmöglichkeit dieser Gerüchte allein die Tatsache sei, daß die Reichsbank nicht nur das gesamte Notgeld durch neue Noten ersetzt habe, sondern auch die außerordentlichen fünf-, zehn- und 100-Billionen-Scheine, die allein eine Summe von 500 Millionen Goldmark darstellten. Ein Mangel bestände gegenwärtig nur in fünf- und zehn-Pfennig-Scheinen, aber auch hier könne von einer Knappheit keine Rede sein. Wenn es gelände sei, daß kleinere Banken nicht in der Lage waren, gewisse Geldsummen auszugeben, so dürfte das auf die Kreditnot dieser Institute zurückzuführen sein.

Die neue österreichische Befoldungsordnung.

Wien. In einer Ausschussung der Beamtenorganisationen, in der man sich mit der neuen Befoldungsordnung beschäftigt hatte, hatte Finanzminister Rinebeck über die Neuregelung der Pensionsrechte der Bundesangestellten erklärt, daß die volle Pension, die bisher 90% der Gesamtbezüge betrug, nunmehr auf 78,3 Prozent der Gesamtbezüge herabgesetzt werden solle. Gleichzeitig solle die volle Dienstzeit von 30 bzw. 35 Jahren auf 35 bzw. 40 Jahre erhöht werden. Der Finanzminister stimmte zu, daß die durch die Befoldungsordnung festzulegenden Bezüge vom 1. Juli rückwirkend gemacht werden. Diese Erklärungen des Finanzministers über die Verlängerung der Dienstzeit und die Einschränkung bei der Neubemessung der Pensionsbezüge haben in der Arbeiterchaft und auch in parlamentarischen Kreisen, besonders bei den Großdeutschen, Unruhe hervorgerufen und zu einer gewissen Spannung in der innerpolitischen Lage geführt. Es wird wohl anerkannt, daß die Vorschläge der Regierung unter dem Druck der Senner Beschlüsse erfolgt sind; man erklärt jedoch, daß wegen der berechtigten Forderungen der Beamtenchaft ein Kompromiß mit den finanziellen Möglichkeiten des Staates gefunden werden mußte. Im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten hat, den Blättern zufolge, eine Sitzung der großdeutschen Parteileitung stattgefunden, an der außer den Abgeordneten auch die großdeutschen Minister teilgenommen haben.

Die Pariser Reise des Abgeordneten von Rheinbaben.

Berlin, 26. Juni. In den Berliner politischen Kreisen erregt es großes Aufsehen, daß sich der vorkriegs-zeitliche Reichstagsabgeordnete Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben zu längerem Aufenthalt nach Paris begeben hat. Herr von Rheinbaben gehört zu den engsten Vertrauten des Ministers Dr. Stresemann, der ihm wiederholt wichtige politische Aufträge erteilt hat. Wie verlautet, kehrt die Pariser Reise des Abgeordneten von Rheinbaben in Zusammenhang mit dem letzten Pariser Aufenthalt des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitfeldts. Nach vorläufig unbestätigten Mitteilungen soll Dr. Breitfeldt der Reichsregierung wichtige Mitteilungen über die Absichten der französischen Regierung gemacht haben, jedoch Dr. Stresemann Herrn von Rheinbaben zur Nachprüfung der Berichte Dr. Breitfeldts in besonderer Mission nach Paris entsandt habe.

Politische Tagesübersicht.

Die Einladungen zur Konferenz am 16. Juli. Eine Reutersnote meldet, daß die Einladungen zu der Konferenz am 16. Juli in London sehr bald an die verschiedenen Mächte abgehen werden. Amerika wird eingeladen werden, einen offiziellen oder offiziellen Vertreter zu entsenden. Auch Japan wird eingeladen werden. Man glaubt, daß Mussolini persönlich nach London kommen wird.

Verlängerung des Buchener Abkommens. Das zwischen der Industrie und Handelskammer mit der Micum bestehende Abkommen vom 25. März 1924, welches den im besetzten Gebiete süßlich der Ruhr gelegenen Werke Zollvereinfachungen gewährt, ist um einen weiteren Monat verlängert worden.

Die Stellung des polnischen Außenministers unhaltbar. Die Meldung von der Demission des Außenministers bestätigt sich nicht, doch wurde in unterrichteten Kreisen die Stellung des Ministers als unhaltbar bezeichnet. Die Ernennung seines Nachfolgers dürfte Anfang Juli erfolgen.

Rückzug des Redakteurs Sonntag. In der gestrigen Verhandlung in der Strafsache gegen den Redakteur Joseph Sonntag wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ministerialdirektors Dr. Spieder vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg nahm der Angeklagte Sonntag die gegen Dr. Spieder erhobenen Vorwürfe in vollem Umfang mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Daraus wurden die Strafanträge zurückgezogen und das Verfahren durch Gerichtsbeschluß eingestellt.

Der Riß in der Großen Koalition in Preußen. Der „Tag“ berichtet: Die Haltung, die die Sozialdemokraten gegenüber der Koalition in den letzten Monaten in allen entscheidenden Fragen eingenommen haben, hat die Deutsche Volkspartei sehr erbittert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es aus den verschiedensten Anlässen heraus zu einem Bruch in der preussischen Koalition kommt, die dann wahrscheinlich, da sich auch das Zentrum zurückziehen dürfte, die baldige Auflösung des preussischen Landtages und Neuwahlen in Preußen zur Folge haben würde.

Die Hamburger Deutschnationalen für rücksichtslosen Kampf gegen das Gutachten. Der Landesverband Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigt sich in einer achtern abgehaltenen Versammlung mit der Regierungsbildung und dem Gutachten, worüber der Reichstagsabgeordnete Direktor Bod referierte. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm die Versammlung eine Entschließung an, die folgenden Wortlaut hat: Der Landesverband Hamburg spricht seinem Reichstagsabgeordneten Herrn Direktor Bod zu der von ihm eingebrachten politischen Haltung Vertrauen aus und fordert rücksichtslosen Kampf gegen das Sachverständigen-Gutachten.

Die Groteske der Zweisprachigkeit. Die tschechische Verwaltung in Deutsch-Böhmen eifrig bemüht, überall deutsche Inschriften durch tschechische Uebersetzungen ergänzen zu lassen. In den Straßen und an den Häuserfronten ist dies auch allenthalben durchgeführt. Neuerdings ist aber für Marktenbad verlangt worden, daß auch die innerhalb der Gastwirtschaften hängenden in deutscher Sprache abgefaßten Sinnwörter durch einen tschechischen Text zu ergänzen sind, der über dem deutschen zu stehen hat. So kann man jetzt in einem deutsch-böhmischen Restaurant in tschechischer Sprache die Mahnung lesen: „Sei treu und deutsch!“

Jugoslawien fordert Teilnahme an der Londoner Konferenz. Die jugoslawische Regierung hat die Teilnahme an der demnächst in London abzuhaltenden Konferenz der Allierten nachgelassen, da sich diese Beratung mit der Regelung der deutschen Reparations-schulden befassen werde und Jugoslawien an der Reparationsfrage interessiert sei.

Unsere Reichsmarine.

Der soeben veröffentlichte und vom Reichsrat genehmigte Reichshaushaltsplan lenkt die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die kleinen technisch und an Zahl in jeder Beziehung unzulänglichen Reste unserer Kriegsmarine. Ganze 16,5 Millionen Mark werden für Befoldung ausgeben, 12,8 Millionen Mark für Instandhaltung der Schiffe, Verpflegung, Heimgüter usw. Insgesamt sind für die Marine 104,3 Millionen Mark bereitgestellt. Es werden noch in Dienst gehalten 3 Linienschiffe, 5 kleine Kreuzer, 24 Torpedoboote und eine Reihe von Hilfsfahrzeugen. Bei allen diesen Schiffen handelt es sich um technisch völlig überalterte Fahrzeuge. Während das normale Alter eines Schiffes 15 Jahre nicht überschreiten darf, besitzt das jüngste unserer Linienschiffe die „Dannover“ bereits das Alter von 19 Jahren. Einige Kreuzer sind gar bis zu 25 Jahren alt. Im Vergleich dazu ist nun ausdrücklich die Verfüllung niedergelegt, daß kein Schiff vor dem 20. Lebensjahre ersetzt werden darf. Aus dieser Tatsache ergibt sich nicht nur die erwünschte völlige Untertaugenheit unserer Seemacht unter jeden etwaigen Gegner, sondern auch ein erhöhter Aufwand an Betriebs- und Instandhaltungsarbeiten und -kosten. Auf Stapel liegt bereits einige Jahre ein neuer Kreuzer, dessen Vollenbung durch die infolge der Ruhrbesetzung geschaffenen Schwierigkeiten immer wieder hinausgeschoben worden ist. Es ist dringend zu wünschen, daß die Reste unserer Flotte baldmöglichst in den im Rahmen der uns einengenden Bedingungen überhaupt nur erreichbarem Höchstzustand der Leistungsfähigkeit versetzt wird.